

Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 22 75
kanzlei@sk.so.ch

Medienmitteilung

Regierungsrat will Schulen mit Tagesbetreuung

Solothurn, 25. November 2008 - Der Regierungsrat hat Botschaft und Entwurf zuhanden des Kantonsrates zur Volksinitiative "Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden" verabschiedet. Dabei bevorzugt er einen verbindlichen Gegenvorschlag. Während die Initiative Grundlagen für den Aufbau von Tagesstrukturen in den Gemeinden schaffen will, verlangt der Gegenvorschlag, dass in Zukunft Tagesschulstrukturen als freiwillige Schulelemente gewährleistet werden. Die Vorlage könnte im Kantonsrat im 1. Semester 2009 beraten werden. Eine allfällige Volksabstimmung und Inkraftsetzung wäre somit im 2010 realistisch. Zur Umsetzung soll den Gemeinden eine Übergangsfrist bis spätestens 1. August 2012 gewährt werden.

Die von der FdP lancierte Volksinitiative "Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden" will die bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit fördern. In der Form einer Anregung eingereicht, ist heute der grösste Teil der Anliegen bereits im Sozialgesetz (SG) berücksichtigt. Im Vordergrund stehen familienergänzende Betreuungsangebote in den Gemeinden, für die Grundlagen zu schaffen seien. Deren Verbindung zur Schule und die Verbindlichkeit für die Gemeinden wird nicht durchgesetzt.

Der Regierungsrat legt dazu einen Gegenvorschlag vor, der den Einbezug der Schule unterstreicht und so die pädagogische Ausrichtung von schüler-gänzenden Tagesstrukturen betont. Es werden nicht nur allgemeine Gesetzes-grundlagen geschaffen, sondern die Gemeinden verpflichtet, bei Bedarf Tagesstrukturen anzubieten. Kleine Schulgemeinden können bei geringer Nachfrage auch auf Tagesfamilien zurückgreifen. Der Gegenvorschlag löst damit nach Ansicht des Regierungsrates die Forderung des Kantonsrats ein, schulergänzende Tagesstrukturen zu schaffen, wie es dieser mit der Erheb-licherklärung eines modifizierten Auftrages der Fraktion SP/Grüne: "Schaffung von Tagesstrukturen" verlangt hatte.

Initiative und Gegenvorschlag haben viele Gemeinsamkeiten wie die Aspekte Freiwilligkeit, lokaler Bezug und Elternmitfinanzierung. Differenzen finden sich bei der Grundfinanzierung (Innovationsfonds gegen Schülerpauschalen), der mehr sozialen (familienergänzenden) oder schulischen Ausrichtung sowie bei der Verbindlichkeit für die Gemeinden.

Zur Finanzierung tragen bei beiden Modellen die Eltern mittels Gebühren bei. Die für Tagesstrukturen zuständigen Gemeinden bleiben Hauptkostenträger. Sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag sehen vor, dass sich der Kanton an diesen Kosten beteiligen soll. Die Initiative schlägt dazu einen Innovationsfond vor, dessen Alimentierung dem Kantonsrat überlassen wird. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates schlägt – analog zur kantonalen Mit-finanzierung bei den kommunalen Musikschulen – eine Schülerpauschale vor und ist gewillt, dafür rund 4,5 Mio. Franken einzusetzen. Die Gesamtkosten für Gemeinden und Kanton liegen bei beiden Umsetzungsvarianten bei rund 46 Mio. Franken.

Weitere Auskünfte erteilen:

Regierungsrat Klaus Fischer, Bildungsdirektor, 032 627 29 04 (ruft zurück)

Andreas Walter, Chef Amt für Volksschule und Kindergarten 032 627 29 34